

Der *Liechtensteiner Wirtschaftsbrief* ergänzt den jährliche KOFL Konjunkturbericht (wird jeweils im Februar publiziert) und ist als Briefing der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger in Liechtenstein ausgestaltet. Der Bericht zeigt wirtschaftliche Entwicklungen im internationalen Umfeld anhand spezifischer Indikatoren auf und liefert Interpretationen. Der Fokus liegt hierbei auf die für die Liechtensteinische Wirtschaft bedeutsamen Absatzregionen. Er greift jeweils aktuelle Wirtschaftsthemen auf und stellt diese informativ, knapp und übersichtlich dar. Hierbei wird die Relevanz der dargestellten Problematik für die Liechtensteinische Volkswirtschaft aufgezeigt. Der Liechtensteiner Wirtschaftsbrief ist Bestandteil der Leistungsvereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein (vertreten durch das Ressort Wirtschaft) und der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein (KOFL).

FLASH

- **Entwicklung Weltwirtschaft:** Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Prognose für das reale BIP-Wachstum der Weltwirtschaft von 3,5 % auf 3,3 % nach unten revidiert. Die Einschätzungen haben sich sowohl für die Industrie- als auch für die Schwellenländer verschlechtert. Für den IWF steht die Weltwirtschaft am Scheideweg.
- **Realwirtschaft Schweiz:** Die KOF ETH Zürich und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) haben ihre BIP-Prognosen für das laufende Jahr 2012 auf 0,9 bzw. 1,0 % deutlich nach unten korrigiert. Während sich die Binnenkonjunktur in der Schweiz noch relativ robust entwickelt, sind die Exportaussichten sehr gedämpft. Auch für das kommende Jahr 2013 haben die Institutionen ihre BIP-Prognosen nach unten angepasst.
- **Einbürgerungen und Ausländeranteil in Liechtenstein:** KOFL-Simulationen zeigen, welchen Einfluss die Einbürgerungspraxis in Liechtenstein auf die Höhe des Ausländeranteils an der ständigen Wohnbevölkerung hatte. Es werden verschiedene Szenarien durchgerechnet. Ein Ergebnis zeigt, dass wenn nach 1980 keine Einbürgerungen im ordentlichen Verfahren (EA 2) oder infolge längerfristigen Wohnsitz (EA 5) erfolgt wären, der Ausländeranteil in 2010 bei 38,3 % läge.
- **Das Wirtschaftspolitikum:** Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat am 13. September 2012 betont, den Mindestkurs auch in Zukunft mit aller Konsequenz durchzusetzen. Dies ist für die Entwicklung der Liechtensteiner Direktexporte wichtig. Diese erholen sich nach der Krise nur schleppend. Der Mindestkurs zum Euro gerät international jedoch zunehmend in die Kritik.

I. Internationale Konjunktorentwicklungen



IWF fordert wachstumsfreundlichen Sparkurs

Aktueller Anlass: Jahrestagung 2012 von IWF und Weltbank

Am 9. Oktober 2012 wurde der jüngste World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf der Jahrestagung 2012 von IWF und Weltbank in Tokio vorgestellt. Nach Ansicht des IWF haben sich die Stabilitätsrisiken in den vergangenen sechs Monaten reduziert. Die Wachstumsaussichten haben sich jedoch verschlechtert. Für die weitere konjunkturelle Entwicklung seien die wirtschaftspolitischen Massnahmen in Europa und den USA entscheidend.

- Wachstumsaussichten:** Der IWF hat seine Prognose des realen BIP-Wachstums für die Weltwirtschaft in 2012 von 3,5 % auf 3,3 % nach unten revidiert. Die Korrekturen gelten sowohl für die Industrieländer (insbesondere UK und Italien) als auch für die Schwellenländern (insbesondere Brasilien und Indien). Auch für 2013 wurden die Prognosen zum Teil deutlich nach unten angepasst (vgl. Tabelle 1). Die Unsicherheiten bezüglich der wirtschaftlichen Aussichten haben sich markant erhöht. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Weltwirtschaft mit weniger als 2 % wachsen wird, liegt bei 17 % gegenüber 4 % im April 2012. Eine solche Entwicklung ginge mit einer Rezession in den meisten entwickelten Volkswirtschaften einher.

Tabelle 1

Prognosen zur Weltwirtschaft (Stand: Oktober 2012)

Reales Bruttoinlandprodukt (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, in Prozent)															
Regionen / Länder	Exportgewicht FL	Historie		IWF						OECD					
		2010	2011	2012			2013			2012			2013		
				Jul 12	Okt 12	Diff.	Jul 12	Okt 12	Diff.	Nov 11	Mai 12	Diff.	Nov 11	Mai 12	Diff.
Welt		5.3	3.9	3.5	3.3	-0.2	3.9	3.6	-0.3						
Industrieländer		3.2	1.6	1.4	1.3	-0.1	1.9	1.5	-0.4						
Schwellenländer		7.5	6.2	5.6	5.3	-0.3	5.9	5.6	-0.3						
OECD		3.2	1.8							1.6	1.6	0.0	2.3	2.2	-0.1
USA	11.4	3.0	1.7	2.0	2.2	0.2	2.3	2.1	-0.2	2.0	2.4	0.4	2.5	2.6	0.1
Japan	1.7	4.4	-0.7	2.4	2.2	-0.2	1.5	1.2	-0.3	2.0	2.0	0.0	1.6	1.5	-0.1
EU-27	60.0	2.0	1.6	0.0	-0.2	-0.2	1.0	0.5	-0.5						
UK	2.7	2.1	0.7	0.2	-0.4	-0.6	1.4	1.1	-0.3	0.5	0.5	0.0	1.8	1.9	0.1
Euro-Raum		1.9	1.4	-0.3	-0.4	-0.1	0.7	0.2	-0.5	0.2	-0.1	-0.3	1.4	0.9	-0.5
Deutschland	24.2	3.6	3.1	1.0	0.9	-0.1	1.4	0.9	-0.5	0.6	1.2	0.6	1.9	2.0	0.1
Frankreich	8.6	1.7	1.7	0.3	0.1	-0.2	0.8	0.4	-0.4	0.3	0.6	0.3	1.4	1.2	-0.2
Italien	4.6	1.8	0.4	-1.9	-2.3	-0.4	-0.3	-0.7	-0.4	-0.5	-1.7	-1.2	0.5	-0.4	-0.9
Spanien	2.0	-0.1	0.7	-1.5	-1.5	0.0	-0.6	-1.3	-0.7	0.3	-1.6	-1.9	1.3	-0.8	-2.1
Österreich	10.8	2.1	2.7		0.9			1.1		0.6	0.8	0.2	1.8	1.6	-0.2
Brasilien	0.7	7.5	2.7	2.5	1.5	-1.0	4.6	4.0	-0.6	3.2	3.2	0.0	3.9	4.2	0.3
Russland	1.7	4.3	4.3	4.0	3.7	-0.3	3.9	3.8	-0.1	4.1	4.5	0.4	4.1	4.1	0.0
Indien	1.3	10.8	7.1	6.1	4.9	-1.2	6.5	6.0	-0.5	7.2	7.3	0.1	8.2	7.8	-0.4
China	5.0	10.4	9.2	8.0	7.8	-0.2	8.5	8.2	-0.3	8.5	8.2	-0.3	9.5	8.9	-0.6
Südafrika	0.6	2.9	3.1	2.6	2.6	0.0	3.3	3.0	-0.3		3.3		4.2	4.2	

2010 und 2011: IWF World Economic Outlook, Oktober 2012, Publikationen von nationalen statistischen Ämtern
 Exportgewicht FL: Anteil des Landes / der Region an den FL Direktexporte in 2011, in Prozent; Diff.: Differenz Okt 12 - Jul 12 bzw. Mai 12 - Nov 11 (in Prozentpunkte)

IWF Internationaler Währungsfonds OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

- **Geldpolitik:** Die geldpolitischen Massnahmen sind nach Einschätzung des IWF in der aktuellen Situation „extrem hilfreich“.
- **Fiskalpolitik:** Fiskalpolitisch wird weiterhin der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hohe Priorität eingeräumt. Die internationalen Finanzmärkte fordern eine an Nachhaltigkeit ausgerichtete Finanzpolitik, ansonsten besteht die Gefahr steigender Refinanzierungskosten. Es fällt jedoch auf, dass der IWF die Konsolidierungsstrategie differenzierter beschreibt als in der Vergangenheit. Es wird betont, dass die Länder ihre Fiskalpolitik an ihrer jeweiligen Situation ausrichten sollen. Je höherer die Defizite und der Druck der Märkte, umso deutlicher muss gespart werden. Länder, die in einer vergleichsweise guten Situation sind sollten hingegen einen weniger rigiden finanzpolitischen Pfad beschreiten (*Germany has more fiscal room*). Blanchard führt an, dass die negativen Kontraktionseffekte (negative Multiplikatoreffekte) der Sparpolitik deutlicher ausfielen als bisher angenommen. Gemeint sind hier vor allem negative Auswirkungen auf die Beschäftigung. Blanchard fordert zu einer *wachstumsfreundlichen Sparpolitik* auf.
- **Stabilität des Finanzsystems:** Das Finanz- und Bankensystem sei aufgrund des schwachen Wachstums nach wie vor fragil. Darüber hinaus herrsche ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit.

Tabelle 1 wird in jedem *Liechtensteiner Wirtschaftsbrief* aktualisiert. Sie ist wie folgt zu lesen: Die gelb markierten Spalten geben jeweils die jüngsten Prognosen von IMF und OECD wieder. Die Spalten „Diff.“ weisen die Veränderungen der Prognosen gegenüber der vorgängigen Ausgabe des Liechtensteiner Wirtschaftsbriefs (in Prozentpunkten) aus: (i) rote Markierungen illustrieren Abwärtskorrekturen; (ii) grüne Markierungen zeigen Aufwärtskorrekturen; (iii) schwarze Markierungen zeigen unveränderte Prognosen (analoges gilt für Tabelle 2)



Schweizer Wirtschaft: Verlangsamte Weltwirtschaft dämpft Expansion

Aktueller Anlass: Prognosetagung der KOF ETH Zürich am 05. Oktober 2012

An der Prognosetagung der KOF ETH Zürich präsentierte deren Leiter Prof. Dr. Jan-Egbert Sturm die Herbstprognose 2012-2014. Auf der Veranstaltung referierte auch der neue Präsident des Verwaltungsrats der UBS, Prof. Dr. Axel Weber, zum Thema „Der Finanzplatz Schweiz - Chancen und Herausforderungen“. Auch das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) legte Mitte September 2012 ihre Herbstprognose vor. Beide Institutionen passen ihre Aussichten für das Wirtschaftswachstum in der Schweiz in 2012 und 2013 nach unten an. Sie betonen, dass die Verlangsamung der Weltwirtschaft den Wirtschaftsgang in der Schweiz stärker beeinträchtigt als noch im Sommer unterstellt.

- **Produktion:** Die KOF ETH Zürich und das Seco haben ihre Vorhersagen für das Wachstum des realen BIP in 2012 um 0,3 bzw. 0,4 Prozentpunkte (PP) auf 0,9 % bzw. 1,0 % nach unten korrigiert. Während sich die Binnenkonjunktur noch relativ robust entwickelt, sind die Exportaussichten sehr gedämpft. Die BIP-Prognosen für 2013 wurde auf 1,3 % bzw. 1,4 %

ebenfalls nach unten angepasst (0,4 bzw. 0,1 PP). Die verhaltenden Aussichten für die Weltwirtschaft haben die Institute zu diesen Revisionen veranlasst.

- **Exporte:** Die KOF ETH Zürich geht für das laufende Jahr praktisch von einer Stagnation der Schweizer Exporte aus. Die Revision gegenüber der Sommerprognose mit einem Prozentpunkt ist deutlich (vgl. Tabelle 2). Sie geht auf die Abschwächung der Weltnachfrage nach Schweizer Waren und Dienstleistungen zurück. Für 2013 wird ein Exportzuwachs von 2,7 % erwartet.
- **Beschäftigung und Arbeitsmarkt:** Der Schweizer Arbeitsmarkt bleibt in 2012 robust. Die Beschäftigung stieg im laufenden Jahr weiter an, die Arbeitslosigkeit nahm nur leicht zu. Die aktuelle Prognose zur Beschäftigungsentwicklung in 2012 fällt sogar noch leicht positiver aus als im Sommer. Auch die Arbeitslosenquote dürfte etwas tiefer ausfallen. Die Aussichten für einen weiteren Beschäftigungsanstieg in 2013 werden jedoch aktuell etwas pessimistischer gesehen. Statt einem Zuwachs von 0,4 % gegenüber 2012 geht die KOF ETH Zürich nur noch von einer geringen Zunahme der Beschäftigung von 0,2 % in 2013 aus.

Tabelle 2

Prognosen zur Schweizer Realwirtschaft (Stand: Oktober 2012)

Realwirtschaft Schweiz (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, in Prozent)														
			KOF ETH Zürich						SECO					
	Historie		Prognosen											
	2010	2011	2012			2013			2012			2013		
			Jun 12	Sep 12	Diff.	Jun 12	Sep 12	Diff.	Jun 12	Sep 12	Diff.	Jun 12	Sep 12	Diff.
Reales BIP	3.0	1.9	1.2	0.9	-0.3	1.7	1.3	-0.4	1.4	1.0	-0.4	1.5	1.4	-0.1
- Privater Konsum	1.6	1.2	2.0	2.4	0.4	1.8	1.7	-0.1	1.7	2.1	0.4	1.3	1.2	-0.1
- Öffentlicher Konsum	0.7	2.0	0.7	0.8	0.1	0.7	1.0	0.3	2.1	2.3	0.2	0.7	1.4	0.7
- Bruttoanlageinvestitionen	4.8	4.0	3.7	2.5	-1.2	2.2	2.1	-0.1	1.2	0.6	-0.6	-0.4	0.4	0.8
- Exporte	7.5	3.8	1.1	0.1	-1.0	3.2	2.7	-0.5	1.4	0.5	-0.9	4.0	2.3	-1.7
- Importe	8.1	3.9	4.6	2.5	-2.1	5.0	2.5	-2.5	2.5	2.9	0.4	3.0	1.5	-1.5
Beschäftigung	0.7	1.1	1.1	1.2	0.1	0.4	0.2	-0.2	1.2	1.3	0.1	0.6	0.3	-0.3
Arbeitslosenquote ¹⁾	3.9	2.8	3.1	2.9	-0.2	3.2	3.0	-0.2	3.2	2.9	-0.3	3.4	3.3	-0.1

1) in Prozent

2010, 2011: Bundesamt für Statistik (BFS); Diff.: Differenz Sep 12 - Jun 12 (in Prozentpunkten)

KOF ETH Zürich Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich SECO Staatssekretariat für Wirtschaft, Bern

II. Analysethemen

A. Die Rolle der Einbürgerungen auf die Entwicklung des Ausländeranteils in der Liechtensteiner Wohnbevölkerung

Motivation: Im Prinzip gilt im Fürstentum seit den 1970er Jahren die sogenannte „Drittelsgrenze“, wonach der Anteil der Ausländer an der ständigen Wohnbevölkerung nicht weit über 33% ansteigen soll. Der Landtagsabgeordnete Albert Frick (FBP) wird im Vaterland (19. Mai 2011, S.6) mit folgender Aussage zitiert: „Diese 1/3-Grenze ist Augenschwermerei. Sie konnte über Jahre hinweg nur über besondere Einbürgerungsmassnahmen gehalten werden.“

- Die ständige Wohnbevölkerung in Liechtenstein umfasst Ende 2010 36'149 Einwohner. An der Wohnbevölkerung verfügen nur 24'145 Personen über einen Liechtensteiner Pass. Das entspricht einem Anteil von 66,8 %.

Entwicklung des Ausländeranteils seit der 1970er Jahren

- Im Prinzip gilt im Fürstentum seit den 1970er Jahren die sogenannte „Drittelsgrenze“, wonach der Anteil der Ausländer an der ständigen Wohnbevölkerung nicht weit über 33 % ansteigen soll. Tatsächlich hat sich die ausländische Wohnbevölkerung nach 1970 erheblich dynamischer entwickelt als die Einwohnerzahl insgesamt. Hierdurch nahm der Ausländeranteil bis 1995 auf über 39 % zu (vgl. Abbildung 1, blaue Linie). Danach nimmt der Ausländeranteil bis Ende 1997 auf gut 34 % ab. Dieser Anteil bleibt konstant bis Mitte der 2010er Jahre. Ende 2008 liegt der Ausländeranteil wieder bei 33 % und bewegt sich seit dem um diese gewünschte Marke.
- Der Rückgang des Ausländeranteils nach 1995 ist nur zum Teil auf eine abnehmende Zuwanderung zurückzuführen¹. Einen erheblichen Einfluss nimmt auch die veränderte Einbürgerungspraxis im Fürstentum. Insgesamt wurden von 1997 bis 2011 3'634 im Inland wohnhafte Personen eingebürgert, wovon 1'508 Einbürgerungen entweder im ordentlichen Verfahren (EA 2) oder infolge längerfristigem Wohnsitz (EA 5) vollzogen wurden. Die übrigen Einbürgerungen von 2126 Personen sind familiär motiviert (EA 6a und EA 6b).

Hypothetische Entwicklungen des Ausländeranteils ohne Einbürgerungen

- Es stellt sich die Frage, wie sich der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung entwickelt hätte, wenn eine andere Einbürgerungspraxis verfolgt worden wäre. Betrachtet wird der Zeitraum 1980 bis 2010. Es werden drei Szenarien unterschieden:
- **Erstes Szenario (Ohne Einbürgerung nach EA 2 und EA 5):** Wären nach 1980 keine Einbürgerungen im ordentlichen Verfahren (EA 2) oder infolge längerfristigem Wohnsitz (EA 5) erfolgt, würde der Ausländeranteil in 2010 bei 38,3 % liegen. Der Anteil wäre damit um 5,1 Prozentpunkte höher als der aktuell ausgewiesene. Insbesondere nach 1997 stabilisiert die Einbürgerung von Ausländern gemäss EA 2 und EA 5 den Ausländeranteil. Ohne ent-

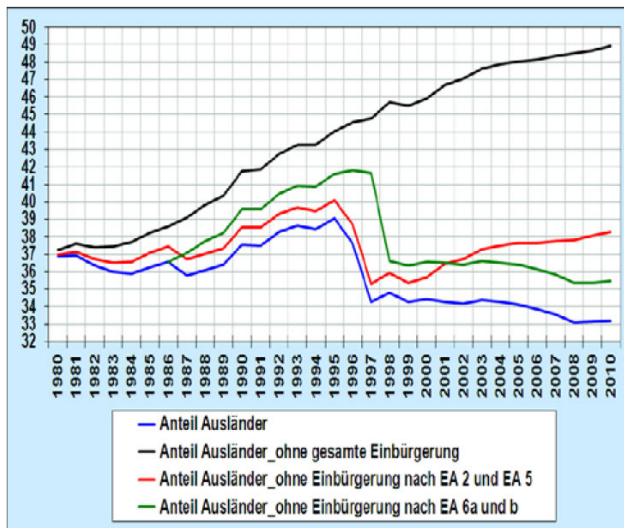
¹ Die KOFL hat im August 2012 das KOFL Working Paper No. 12 „Ausländerbeschäftigung in Liechtenstein: Fluch oder Segen?“ publiziert. Das Arbeitspapier ist im Rahmen des KOFL-Forschungsprojekts „Die spezifische Struktur Liechtensteins als Kleinstvolkswirtschaft“ entstanden (<http://www.kofl.li/workingpaper.asp>). Das KOFL-Forschungsprojekt wurde finanziell unterstützt durch die VP Bank Stiftung, die Neutrik® AG und den Forschungsförderungsfonds der Universität Liechtenstein.

sprechende Einbürgerungen hätte sich der Ausländeranteil gemäss der roten Linie in Abbildung 1 entwickelt. Diese divergiert im hinteren Teil deutlich von der blauen Basislinie.

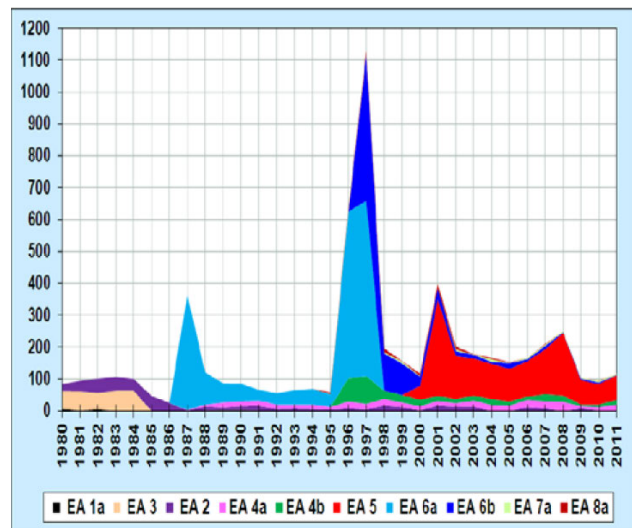
- **Zweites Szenario (Ohne Einbürgerung nach EA 6a und EA 6b):** Seit 1997 haben alle Kinder einer liechtensteinischen Mutter Anspruch auf das Landesbürgerrecht. Wären nach 1980 keine erleichterten Einbürgerungen ausländischer Kinder liechtensteinischer Mütter (EA 6a oder aufgrund des Urteils des Staatsgerichtshofes vom 24. April 1997 (EA 6b)) erfolgt, würde der Ausländeranteil in 2010 bei 35,5 % liegen. Der Anteil wäre damit um 2,3 Prozentpunkte höher als der aktuell ausgewiesene (vgl. Abbildung 1, grüne Linie)
- **Drittes Szenario (Ohne Einbürgerungen):** Der Ausländeranteil läge heute bei fast 50 %, wenn nach 1980 keinerlei Einbürgerungen mehr stattgefunden hätten (vgl. Abbildung 1, schwarze Linie).

Abbildung 1

(a) Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung
in Prozent



(b) Anzahl der Einbürgerungen
in Personen



EA 2: Einbürgerung im ordentlichen Verfahren; EA 5: Erleichterte Einbürgerung infolge längerfristigem Wohnsitz; EA 6: Einbürgerung ausländischer Kinder liechtensteinischer Mütter (EA 6a: Erleichterte Einbürgerung ausländischer Kinder liechtensteinischer Mütter, EA 6b: Verleihung der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft aufgrund des Urteils des Staatsgerichtshofes vom 24. April 1997 (vgl. AS, 2012, S. 43f.)). Zu den anderen Einbürgerungsarten vgl. Einbürgerungsstatistik.

Quelle: AS: Bevölkerungsstatistik, Einbürgerungsstatistik, eigene Berechnungen.

III. Das Wirtschaftspolitikum



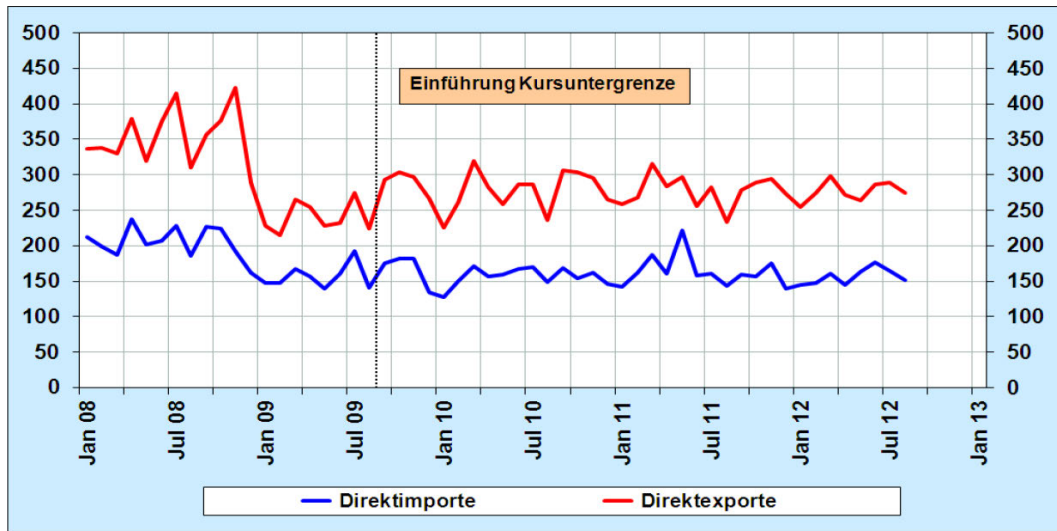
Ein Jahr Kursuntergrenze: Selbstverteidigung oder Währungsmanipulation?

Aktueller Anlass: Geldpolitische Lagebeurteilung der Schweizerischen Nationalbank vom 13. September 2012

- Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat am 13. September 2012 in ihrer geldpolitischen Lagebeurteilung entschieden, den Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro unverändert beizubehalten und ihn auch in Zukunft mit aller Konsequenz durchzusetzen. Ihre Politik stösst international zunehmend auf Kritik.
- **Mindestkurs bleibt:** In ihrer aktuellen Lagebeurteilung vom 13. September 2012 bekräftigt die SNB die Kursuntergrenze von 1,20 für den Wechselkurs CHF/EUR. Sie ist nach eigenen Angaben weiterhin bereit, Devisen in unbeschränkter Höhe zu kaufen. Der starke Franken belastet aus Sicht der SNB die Schweizer Wirtschaft weiterhin. Die SNB kündigt an, falls nötig, weitere Massnahmen zur Verteidigung des Mindestkurses zu ergreifen. Sie lässt jedoch offen, worin diese Massnahmen bestehen.
- **Weiterhin negative bzw. geringe Teuerung:** Die Schweiz kämpfte in 2011 mit einer deflationären Entwicklung. Der Mindestkurs hat diese Entwicklung nach Ansicht der SNB gestoppt. In ihrer aktuellen geldpolitischen Lagebeurteilung spricht die SNB nicht mehr von deflationären Risiken. Sie revidiert jedoch die Teuerungsraten im Rahmen ihrer bedingten Inflationsprognose nach unten. Für 2012 wird eine Inflationsrate von -0,6 % erwartet. Für 2013 rechnet die SNB mit einer Teuerung von 0,2 % und für 2014 von 0,4 %.
- **Internationale Kritik an der aktuellen SNB-Politik:** Daniel Gros, Leiter des Brüsseler Centre for European Policy Studies (CEPS), wirft der SNB Währungsmanipulation vor (vgl. Finanz und Wirtschaft, 28. September 2012). Die Schweiz wolle mit dem Mindestkurs „... nur einen Leistungsbilanzüberschuss von 12 % bis 13 % des Bruttoinlandprodukts behalten.“ Es sei falsch, den Mindestkurs als „Selbstverteidigung“ gegen Spekulanten zu interpretieren, solange die Schweiz über einen rekordhohen Leistungsbilanzüberschuss verfüge. Die Ratingagentur Standard & Poors kritisiert, dass die SNB mit ihrer Anlagepolitik zur Destabilisierung des Euro-Raums beitrage. Sie argumentiert dabei wie folgt: Der Ankauf von Staatsanleihen starker europäischer Staaten durch die SNB senkt deren Renditen. Hierdurch sinkt die Renditedifferenz zwischen den Staatsanleihen der Kernländer und der krisengeschüttelten peripheren Staaten (Spread). Diese Renditedifferenz gilt als Risikoindikator. Steigt er an, so wertet dies die Länder der Peripherie ab.
- **Kursuntergrenze und Liechtensteiner Direktexporte:** Das Selbstverteidigungsargument hat für Liechtenstein mehr Substanz als in Bezug auf die Schweiz. Der Einbruch der Liechtensteiner Direktexporte in der grossen Rezession 2008/2009 war markanter als der Rückgang der Schweizer Warenexporte. Während sich die Schweizer Exporte nach der Krise moderat erholten, ist eine deutliche Erholung der Exportwirtschaft Liechtensteins bislang nicht auszumachen (vgl. Liechtensteiner Wirtschaftsbrief No. 4). Der Saldo der Direktexporte und -importe bleibt trotz Mindestkurs erheblich unter dem Vorkrisenniveau.

- Die Direktexporte bewegen sich seit September 2009 um ein Durchschnittsniveau von rund CHF 275 Mio. im Monat (vgl. Abbildung 2). Vor der Krise wurden monatlich Waren im Wert von CHF 400 Mio. exportiert.

Abbildung 2
Liechtensteiner Aussenhandel
in Mio. Schweizer Franken, Total 2, Monatswerte



Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung (EZV).

Impressum

Der **Liechtensteiner Wirtschaftsbrief** erscheint viermal im Jahr (April, Juni, September und Dezember) und ist auf dem Internet unter <http://www.kofl.li/publikationen.asp> abrufbar.

Autoren: Kersten Kellermann, Carsten-Henning Schlag

KOFL Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein an der Universität Liechtenstein, Fürst-Franz-Josef-Strasse, LI – 9490 Vaduz, Fürstentum Liechtenstein, Tel. +423 265 13 29, Fax + 423 265 1112, info@kofl.li, www.kofl.li